

erobert werden kann, später für das Schicksal dieser Regierung entscheidend zu werden vermag.
Was die Demokratische Partei anbetrifft, so hat sie praktisch aufgehört zu bestehen. Sie geht geschloffen in der Deutschen Staatspartei auf und stellt dieser für den Wahlkampf ihren gesamten Parteiapparat zur Verfügung. Auch hier also Arbeit auf der ganzen Linie. Die Fronten des kommenden Wahlkampfes liegen in ihren großen Umrißen fest.

Erste Verurteilung auf Grund der Waffenverordnung

Vor dem Schöffengericht in Berlin fand am Donnerstag ein Prozeß statt, der dadurch erhöhte Bedeutung bekommt, weil zum ersten Male ein Urteil auf Grund der Waffenverordnung des Reichspräsidenten vom 2. Juli gefällt wurde, die das Tragen von Waffen bei politischen Demonstrationen mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis andeutet. Dem Prozeß lag eine politische Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am Dienstag dieser Woche zugrunde. Der Verurteilte gelang es zwar, die Strafe zu ändern. Als aber ein Trupp von 30 Nationalsozialisten abmarschierte, stießen drei Schüsse, durch die ein Unbeteiligter erdolcht wurde. Vorübergehende bezichtigten den Verurteilten den Mord an dem Nationalsozialistischen Richter Albert Preuß als den vermeintlichen Schützen. Bei seiner Verhaftung beschimpfte Preuß die Beamten und leistete so beständigen Widerstand, daß ihm Handgelenke angelegt werden mußten, bevor ihm die Beamten den in seinem Besitz befindlichen Revolver abnehmen konnten. Die Behauptung des Angeklagten, er habe die Waffe einem ihm bedrohenden Kommunisten entwendet, wurde durch die Beweisaufnahme widerlegt. Der zweite Angeklagte, der 23jährige nationalsozialistische Arbeiter Josef Abel soll einen politischen Gegner niedergeschlagen haben. Bei seiner Festnahme hatte er ein Dutzend bei sich, das er auf der Straße gefunden haben will. Preuß wurde wegen unbedingten Widerstandes, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamteneitelung zu vier Monaten Gefängnis, Abel nur wegen des ersten Vergehens zu der gefälligen Mindeststrafe von drei Monaten verurteilt.

Stadtrat Rab rehabilitiert

Das seit dem 19. Mai schwebende Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Rab hat eine wichtige Wendung genommen. Der Oberpräsident hat nach Abschluß der Voruntersuchung die Suspendierung des Stadtrats Rab vom Amte mit sofortiger Wirkung aufgehoben und ihm auf seinen Antrag bis auf weiteres beurlaubt. Da diese Entscheidung ausdrücklich mit dem Ergebnis der Voruntersuchung begründet ist, darf man doch als feststehend betrachten, daß die ehrenrührigen Angriffe gegen Stadtrat Rab bei den Behörden eingeleitet und ausgedehnten Nachprüfung durch den Disziplinarrichter keine Bestätigung gefunden haben.

Immer neue Grenzverletzungen durch Militärfliegerzeuge

Die Grenzverletzungen durch Militärflugzeuge der Nachbarstaaten nehmen immer mehr zu. An einem Tage sind jetzt Grenzverletzungen durch ein polnisches, ein tschechisches und ein litauisches Militärflugzeug zu verzeichnen. Trotz des deutsch-polnischen Abkommens über Vermeidung von gegenseitigen Gebietsverletzungen überlag am Mittwoch wieder ein polnisches Flugzeug mehrere Ostpreußen im Kreis Marienwerder. An der Bahnstrecke Chemnitz-Stolberg mußte am Mittwochmittag ein tschechisches Militärflugzeug notlanden. Der Apparat wurde dabei stark beschädigt und der Piloter trug leichte Verletzungen davon. Er wurde in Polizeigewahrsam genommen. Ein litauisches Militärflugzeug mußte auf ostpreussischem Gebiet schiefgehen notlanden. Der Piloter war ein litauischer Unteroffizier.

Verstärkung des militärischen Ausbaues des österreichischen Heimwehren

Auf einer Tagung der Führer der österreichischen Selbstschutzverbände in Innsbruck wurde beschlossen, den militärischen Ausbau der Organisationen aufs Äußerste zu steigern. Das Verfahren gegen den ausgewiesenen Major Vacht soll von den Gerichten beschleunigt durchgeführt werden. Bezüglich des kommenden Wahlkampfes wurde erklärt, daß die antisozialistische Mehrheit im Parlament verbreitert werden müsse. Die Heimwehren werden dafür sorgen, daß den heimattreuen Kreisen der österreichischen Bevölkerung der Einzug in das Parlament erleichtert werde. Der vaterländische Gedanke müsse das Parlament erobern.

Neue Denkschrift zur Panuropa-Frage

Wie jetzt auch die Pariser Presse beschäftigt, ist der Quai d'Orsay damit beschäftigt, auf Grund der eingehenden Antworten der europäischen Regierungen eine neue Denkschrift zur Panuropa-Frage für die Septembertagung in Genf vorzubereiten.

Kritische Lage in Thüringen

640000 Mark Polizeikostenzuschüsse vom Reich zurückverlangt

Wichtige Ministerbesprechung

In Garnisch-Partenkinden fand eine Besprechung der drei thüringischen Minister statt. Veranlassung dazu gab die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Polizeikostenzuschüsse geschaffene

finanzielle und politische Situation

Weil die drei Minister von sich aus keine Entscheidung treffen konnten, haben sie sich entschlossen, für den 8. August das Gesamtministerium zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder sind der Auffassung, daß jetzt schon ein Weg gesucht werden müsse, um einer zweiten Niederlage vor dem Staatsgerichtshof bei der endgültigen Entscheidung im Oktober vorzubeugen. Das wäre möglich durch Weigerung des Streitobjektes, als

durch Entzerrung der nationalsozialistischen Polizeidirektoren

Hierzu aber ist Friedl, wie er bereits öffentlich ausgesprochen hat, nicht bereit.

Die Lage ist für Thüringen in den letzten Tagen dadurch noch ernstlicher geworden, daß das Reichsinnenministerium auch noch den Rest der

Zuschüsse von 640 000 Mark, die auf die Polizeikostenzuschüsse bereits gezahlt worden waren, zurückgefordert

hat. Minister Dr. Köstner wird den Reichsinnenminister bitten, vor weiteren Maßnahmen die außerordentliche Sitzung des thüringischen Kabinetts abzuwarten.

Neuer bayerischer Finanzgesetz-Entwurf

Nach der Ablehnung der Schlachtsteuer durch den Landtag versucht die Bayerische Volkspartei jetzt

die Steuer auf dem Verordnungswege einzuführen.

Sie hat dem Haushaltsausschuß einen neuen Entwurf des Finanzgesetzes eingeleitet, in dem sie die Ermächtigung für sich verlangt, mit Wirkung vom 1. August für die Schlichtung von Mindvieh, Schweinen und Schafen die Schlachtsteuer und für die Einfuhr von Fleisch eine Ausgleichsteuer durch Rechtsverordnung zu erheben. Daraus schreibt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, falls der Landtag diese Ermächtigung verleihe, siehe die Regierung vor der Fälligkeit eines unvollständigen Finanzgesetzes.

Auflösung des Braunschweigischen Landtages

Renovieren zusammen mit der Reichstagswahl.

Der Braunschweigische Landtag hat sich am Donnerstag aufgelöst. Anträge zu diesem Zwecke waren von der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten eingebracht worden.

Sämtliche Parteien stimmten für die Auflösung.

Die Neuwahl ist am 14. September, zusammen mit der Reichstagswahl. Außerdem wurde das von der Regierung abgeänderte Wahlgesetz angenommen, wonach künftig für Wahlvorschläge für die Landtagswahlen nur noch 100 Unterschriften notwendig sind; Eisenverbindungen sind nicht mehr zulässig. Die Wahlzeit des Braunschweigischen Landtages wäre im Dezember abgelaufen gewesen. Es werden

künftig nur noch 40 (48) Abgeordnete gewählt.

Parteilpolitische Neuigkeiten

Die Konservative Volkspartei in Leipzig konstituiert

Die in Leipzig gegründete Ortsgruppe der Konservativen Volkspartei stellte sich am Donnerstag in einer Versammlung zum erstenmal einem engeren Kreis geladener Bekannungsgelehrter vor. Als Redner war der frühere deutschnationale Abgeordnete Dr. Rademacher gewonnen worden, der im Rahmen seiner Ausführungen über das Thema 'Konservative Staatspolitik' die politischen Ziele der neuen Partei darlegte und die zwingende Notwendigkeit ihrer Gründung auf Grund eines geschichtlichen Ueberblicks nachwies. Den breitesten Raum in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Tätigkeit der übrigen Parteien nahm befreilicherweise die

Abrechnung mit Engenberg

ein, der den Grundgedanken der Deutschen Volkspartei wie er bei der Parteigründung im Jahre 1918 besonders betont worden sei, den Gedanken der Duldsamkeit und Sammlung aufgegeben und stattdessen ein gegenseitiges Parteiregime aufgerichtet habe.

Durch die restlose Ablehnung des deutsch-tschechischen Gebietsvertrages habe er wertvolle Kräfte, die früher das Rückgrat der Partei gebildet hätten, aus dieser herausgetrieben

und so auch die Fühlung mit der großen Masse der Wähler verloren, die nicht der Parteigründung angehöre und sich daher durch keinerlei parteiliche Zwangsgewalt zur Stimmabgabe für die Partei zwingen ließen. Gerade den alten Grundgedanken der Deutschen Volkspartei, wenn ihr auch deren Namen entwunden sei, wolle die Konservative Volkspartei zur großen Sammelpartei für die nationalen Kräfte werden, die sich in ihr zum gemeinschaftlichen Ziele der Bekämpfung der Sozialdemokratie und des übersteigerten Parlamentarismus auf der Grundlage völkischer und christlicher Gesinnung vereinigen sollen.

Staatspartei und Reichsbanner

Der außerparlamentarische Führer der Deutschen Staatspartei, Lehmann, und der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold, Bismarck, veröffentlichten im 'Jugenddeutschen' einen gemeinsamen Aufruf. In die junge Generation, in dem es heißt: Ueber ein Jahrzehnt hat die Spaltung des deutschen Volkes in ein schwarz-rot-goldenes und ein schwarz-weiß-rot-goldenes Lager angebauert. Interessenten und Wirtschaftskruppen haben sich das deutsche Parlament erobert und haben die Volkvertretung zu einem

Interessentenhausen gemacht. Wir Jungen lehnen uns gegen diesen unhaltbaren Zustand auf.

Außer Achtlassen in den Kampf um die politische Macht auf dem Boden der Verfassung in Vorbereitung zum Staat und seinen Symbolen bedeutet die Fortentwicklung der deutschen Republik zum nationalen und sozialen Volksstaat.

Darum reicht euch die Hände über veraltete und durch die Entwicklung überholte Gegenstände zur gemeinsamen Arbeit für das deutsche Volk. Auch wir haben es getan, ohne unseren Bünden, der eine dem Jungdeutschen Orden, der andere dem Reichsbanner Schwarz-rot-Gold, untrennbar zu werden.

Zentrum gegen gemeinsamen Wahlausruf

Zu der Erklärung der Deutschen Staatspartei, daß sie einen gemeinsamen Wahlausruf zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft nur unterschreiben wolle, wenn auch Zentrum und Bayerische Volkspartei zur Mitunterzeichnung bereit seien, bemerkt die Germania: Diese Antwort der Deutschen Staatspartei müßte also auch uns in eine Anglegenheit verwickeln, in der uns nicht einmal Herr Scholz bemüht hat. Für die Bayerische Volkspartei können wir nicht antworten. Soweit aber das Zentrum in Frage kommt, sind wir der Meinung, daß sich das Zentrum an einem Wahlausruf von Parteien nicht beteiligen wird,

deren politisch-geistige Grundlage mit der des Zentrums nicht übereinstimmt.

Daß das Zentrum hinter Bräutigam und seinen Maßnahmen steht, ist klar. Wir halten es nicht für nötig, daß sich das Zentrum auf Seiten anderer Gruppen anschließt. Im übrigen können wir uns nicht vorstellen, daß der Wunsch der Deutschen Staatspartei, das Zentrum zur Mitunterzeichnung auszufordern, nur tatsächlichen Erwägungen entspreche. Die Deutsche Staatspartei will sich dem Ruf des Herrn Dr. Scholz entziehen und sucht einen Vorwand, um aus der ihr unangenehmen Situation herauszukommen. Dafür scheint ihr das Zentrum gut genug zu sein.

Löbe wieder Spitzenkandidat der SPD. Mittelschlesien

Die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei des Reichstagspräsidenten Löbe wieder als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Mittelschlesien aufzustellen.

Große Litho-Holländische Luftmanöver

Deut wird auch die Litho-Holländische Luftmanöver unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung abhalten. In diesen Städten werden Besprechungen zwischen Kommandanten und den kommunalen Stellen abgehalten, um zu den Manövern die Feuerwehren, die Turn- und Sportverbände, die Beginnorganisationen und selbst die Frauen heranzuziehen. Es werden Ehrenmengen gegeben, worauf der ganze Verkehr in der betreffenden Stadt stillgesetzt ist. Die Manöver sollen sich in die nächsten 'Bombensicherungen' unterbrechen schließen, und auch sonst hat sich die Bevölkerung so zu verhalten, als wenn wirklich ein Bombenangriff erfolgt. Auch während der Nacht wird ein Probekalarm durchgeführt werden.

Die Ausschreibungen für das neue Völkerbundsgebäude

Der technische Ausschuss des Bauamtes hat für das neue Völkerbundsgebäude bei einer in den letzten Tagen abgehaltenen Sitzung die Ausschreibungen für den ersten Teil der Bauarbeiten im Betrage von 10 Millionen Goldfranken endgültig festgelegt. Die Ausschreibungen werden etwa Mitte August erfolgen, die Wettbewerbsanmeldungen darauf sind bis 15. Oktober beim Völkerbundssekretariat anzukommen. Die Arbeitsvergebungen werden bis 1. November erfolgen. Nach einer Erklärung der Arbeiterinnen kann die Völkerbundsgerammung darauf rechnen, ihre Tagung von 1933 im neuen Gebäude abzuhalten.

Die Beschädigung des 'R 100' amtlich bestätigt

Das englische Luftschiff 'R 100' befindet sich heute früh gegen 6 Uhr noch etwa 180 Kilometer von Montreal entfernt. Der Grund für die verspätete Ankunft liegt, wie das Luftfahrtministerium angibt, an der Beschädigung der Bespannung der beiden Stabilisierungsflächen, die im letzten Sturm beschädigt worden seien. Die Untersuchung und Ausbesserung des Schadens während der Fahrt hätten beträchtliche Herabsetzung der Geschwindigkeit notwendig gemacht.

Diplomatischer Attentatsverdacht

Auf der Eisenbahnfahrt von Paris nach Rom wurden dem Militärattaché der italienischen Gesandtschaft in Wien, Oberleutnant Haber, diplomatische Attentatsverdacht, die sich in einem Koffer befinden der Diebstahl erfolgte, während sich der Offizier im Speisewagen aufhielt.

Weitere Ausdehnung des Kurdenaufstandes

Nach Meldungen aus Konstantinopel nimmt der Kurdenaufstand weiter zu, obwohl die Türken dauernd melden, daß er vollständig unterdrückt sei. Erst in den letzten Tagen sind mehrere Kurdenstämme auf türkisches Gebiet vorgezogen. Die türkischen Truppen konnten diesen neuen Einfall nicht aufhalten, so daß die Angehörige Regierung neue Truppenverpflichtungen nach dem Aufstandsgebiet entsenden mußte. Die türkischen Truppen haben es auch nicht geschafft, da im Aufstandsgebiet nur eine türkisch-litauische türkische Bevölkerung wohnt, die die eingedrungenen Kurdenstämme mit allen Mitteln unterstützt. Außerdem handelt es sich um ein ganz unwegsames Gebiet. Die Aufständischen sind gut bewaffnet und werden in dem wild zerklüfteten Gelände zu geführt.

Englische Flugzeuge gegen aufständische indische Stämme

Sieben englische Militärflugzeuge wurden gegen aufständische indische Stämme an der indischen Nordwestgrenze eingesetzt. Die Piloter warten in die Dörfer und in die Lager Bomben ab.

Amerikanisch-japanisches Vorgehen gegen die Kommunisten

Die Führer der amerikanischen und japanischen Marinekräfte haben beschlossen, gemeinsam gegen die kommunistischen Bomben in der Nähe von Tschangkaia vorzugehen. Zwei japanische und drei amerikanische Kriegsschiffe werden in Richtung auf Tschangkaia in See gehen. Die amerikanische Regierung wurde von dem geplanten Schritt in Kenntnis gesetzt. Sie wird sich damit abfinden müssen, da sie selbst nicht in der Lage war, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und die Ausländer vor Ueberfall und Ausplünderung zu schützen. Ferner hat der Chef des japanischen Admiralstabes die japanischen Geschwader in Schanghai angewiesen, alle Maßnahmen gegen die dortigen kommunistischen Bomben zu treffen für den Fall, daß die japanische Bevölkerung angegriffen werden sollte.

Wettervorhersage.
Wärmer. Heiter bis wolfig. Schwache Winde aus östlichen und südlichen Richtungen. Längere Schönwetterperiode vorläufig noch fraglich.